

Städte-Pass

Schweizerischer Städteverband
Union des villes suisses
Unione delle città svizzere





Einleitung	3
Finanz- und Wirtschaftspolitik	5
Raumentwicklungspolitik	7
Agglomerationspolitik	9
Verkehrspolitik	11
Sozialpolitik	13
Integrationspolitik	15
Energie- und Umweltpolitik	17
Kultur- und Bildungspolitik	19
Sicherheitspolitik	21

Schweizerischer Städteverband
Monbijoustrasse 8, Postfach 8175, 3001 Bern
Telefon +41 31 356 32 32, Telefax +41 31 356 32 33
info@staedteverband.ch, www.staedteverband.ch

Schweizer Städte haben eine hohe Lebensqualität. Infrastruktur, Schulen und Hochschulen sind erstklassig, das Freizeit- und Kulturangebot vielfältig. Deshalb landen Schweizer Städte in internationalen Vergleichen regelmässig auf Spitzenplätzen. Auch die ländliche Bevölkerung nutzt das Angebot der Städte. Sie tragen entscheidend zur Standortqualität unseres Landes bei. Dem gilt es Sorge zu tragen.

Fast drei Viertel der Schweizer Bevölkerung lebt mittlerweile in Städten und städtischen Gemeinden. In der urbanen Schweiz wird 84 Prozent der Wirtschaftsleistung unsers Landes erbracht. Davon profitieren auch die ländlichen Regionen. Gesunde Städte fördern daher den Zusammenhalt der ganzen Schweiz. Folgerichtig wird in Art. 50 der Bundesverfassung festgehalten, dass auf die besondere Situation der Städte und Agglomerationen Rücksicht genommen wird.

Der Schweizerische Städteverband setzt sich für die Interessen der Städte, der urbanen Gemeinden und der Agglomerationen ein. Der Städte-Pass verschafft einen Überblick über die Anliegen zu wichtigen Politikbereichen.



Effiziente staatliche Strukturen sind die Voraussetzung für eine prosperierende, nachhaltige Wirtschaft. Dazu gehört auch ein funktionierendes Steuersystem. Um ihre Aufgaben wahrzunehmen, sind Städte und Gemeinden auf Einnahmen angewiesen.

Dafür setzt sich der Schweizerische Städteverband ein:

1. Die spezifisch urbanen Zentrumslasten müssen anerkannt und fair abgegolten werden. Das gilt besonders für den Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen sowie zwischen Kantonen und Städten/Gemeinden.
2. Die Steuerpolitik muss direkte und indirekte Auswirkungen der Steuergesetzgebung auf die Einnahmen von Städten und Gemeinden berücksichtigen. Einseitige Steuersenkungen, die zu geringeren Einnahmen auf kommunaler Ebene führen, sind abzulehnen.
3. Im digitalen Zeitalter müssen investitionsfreundliche Rahmenbedingungen für leistungsfähige Breitband-Infrastrukturen in der Telekommunikation geschaffen werden.
4. Bund und Kantone müssen Investitionen in saubere und grüne Technologien fördern.
5. Im Interesse einer funktionierenden Wirtschaft muss der bilaterale Weg weitergeführt werden.



Die fortschreitende Zersiedelung zerstört die Vielfalt und die Einzigartigkeit der Schweizer Landschaften. Wir haben keine zweite Schweiz im Keller. Wir brauchen eine zukunftsorientierte Raumentwicklungspolitik, die Lösungen für den Umgang mit dem knappen Gut Boden aufzeigt.

Dafür setzt sich der Schweizerische Städteverband ein:

1. Das «Raumkonzept Schweiz», das Bund, Kantone, Städte und Gemeinden erarbeitet haben, muss zu einem Orientierungsrahmen für alle föderalen Ebenen werden.
2. Die Schweiz braucht eine Raumplanung, die alle raumrelevanten Massnahmen umfasst. Eine Siedlungsplanung allein genügt nicht. Auch der Verkehr und die Umwelt müssen darin berücksichtigt werden.
3. Bei der Revision des Raumplanungsgesetzes muss der Schwerpunkt auf eine verdichtete Siedlungsentwicklung mit Quartieren und Ortskernen mit hoher Lebensqualität gelegt werden.
4. Es braucht eine Mehrwertabgabe zur Abschöpfung von Planungsmehrwerten, an der Städte und Gemeinden beteiligt werden.
5. Positive Rahmenbedingungen für genügenden und erschwinglichen Wohnraum müssen gefördert werden.



Drei von vier Schweizerinnen und Schweizern wohnen in Städten und Agglomerationen. 84 Prozent der Wertschöpfung werden im urbanen Raum erarbeitet. Hier entstehen auch neue gesellschaftliche Trends und Entwicklungen.

Dafür setzt sich der Schweizerische Städteverband ein:

1. Die Agglomerationspolitik des Bundes muss gesetzlich verankert werden.
2. Die vom Bund entwickelten Instrumente zur Umsetzung seiner Agglomerationspolitik müssen gestärkt werden. Dazu gehören Modellvorhaben, Agglomerationsprogramme und das Monitoring urbaner Raum.
3. Die von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden gegründete gemeinsame Tripartite Agglomerationskonferenz TAK muss fortgeführt und gestärkt werden.
4. Die gemeinde- und kantonsüberschreitende Zusammenarbeit muss gefördert werden.
5. Der Bund muss die neuen territorialen Zusammenarbeitsformen angemessen in die politische Entscheidungsfindung einbeziehen. Dazu gehören beispielsweise Regional- und Metropolitankonferenzen.



Der Verkehr auf Strasse und Schiene wächst. Städte und Agglomerationsgemeinden sind am stärksten davon betroffen, mit Auswirkungen auf das ganze Land. Es gibt zwar einen Infrastrukturfonds, doch er ist befristet und unterdotiert. Der Agglomerationsverkehr gehört in den Fokus der nationalen Verkehrspolitik.

Dafür setzt sich der Schweizerische Städteverband ein:

1. Die Finanzierung der Verkehrsinfrastrukturen muss aus einer Gesamtverkehrsperspektive heraus angegangen werden.
2. Die Wachstumsvorgaben bei den Bundesausgaben für den Verkehr müssen auf nominal vier Prozent angehoben werden.
3. Verkehrsinfrastrukturen in den Agglomerationen müssen langfristig, definitiv und genügend durch den Bund mitfinanziert werden.
4. Die verschiedenen Verkehrsträger – motorisierter Individualverkehr, öffentlicher Verkehr, Langsamverkehr – sollen ihren Stärken gemäss zum Einsatz kommen. Um die zunehmenden Verkehrsströme in den dicht besiedelten Städten und Agglomerationen zu bewältigen, müssen dort primär öffentlicher Verkehr und Langsamverkehr gefördert werden.



Sozialämter von Städten und Gemeinden bilden das letzte Netz der sozialen Sicherheit. Das Sozialversicherungssystem schützt nicht nur Menschen, die in Not geraten sind. Es trägt auch wesentlich zum Wohlstand und zum Wohlbefinden aller Menschen bei und verhindert so soziale Konflikte und Gewalt.

Dafür setzt sich der Schweizerische Städteverband ein:

1. Bei Gesetzesrevisionen gilt es, die finanziellen Folgen für Kantone, Städte und Gemeinden zu beachten. Soziale Lasten dürfen nicht einseitig auf Städte und Gemeinden abgeschoben werden. Sparmassnahmen beim Bund dürfen nicht dazu führen, dass die Kosten auf die kommunale Ebene verlagert werden.
2. Das Sozialversicherungssystem der Schweiz muss aus einer Gesamtsicht heraus reformiert werden. Dabei müssen die einzelnen Sozialversicherungen (ALV, IV, EL, Sozialhilfe etc.) optimal aufeinander abgestimmt und deren Zusammenarbeit verbessert werden.
3. Die Sozialversicherungen müssen langfristig auf einer gesunden finanziellen Basis stehen. Auch Mehreinnahmen müssen geprüft werden, wenn die nachhaltige Sicherung der Sozialwerke dies erforderlich macht.



Menschen ausländischer Abstammung und sozial benachteiligte Schweizerinnen und Schweizer sind besonders von Armut bedroht. Ein Grossteil dieser Menschen lebt in urbanen Zentren. Moderne Städtepolitik hat zum Ziel, die Existenz dieser Menschen zu sichern und ihre Integration ins gesellschaftliche Leben zu fördern.

Dafür setzt sich der Schweizerische Städteverband ein:

1. Städte müssen in die Erarbeitung und Umsetzung der Integrationspolitiken von Bund und Kantonen konsequent einbezogen werden.
2. Integrationsmassnahmen brauchen einen klar definierten gesetzlichen Rahmen. Sie müssen möglichst unbürokratisch auf den bestehenden Regelstrukturen aufbauen.
3. Massnahmen der Frühförderung auf allen Stufen müssen konsequent unterstützt werden. So können Kinder aus sozial benachteiligten Familien möglichst früh erreicht und gefördert werden.
4. Papierlose Jugendliche, die Schweizer Schulen absolviert haben, müssen Zugang zu einer Berufslehre haben.



Gegen 300 Städte und Gemeinden haben sich dem Programm «Energistadt» verpflichtet. Zahlreiche Städte engagieren sich für eine atomenergiefreie Stromzukunft und orientieren sich an den Zielen einer 2000-Watt-Gesellschaft. Städte garantieren die Ver- und Entsorgungssicherheit bei bestmöglichem Umweltschutz zu angemessenen Preisen und mit einer langfristig gesicherten Finanzierung. Ohne das konkrete Engagement der Städte bleiben die Energiestrategien des Bundes Papier.

Dafür setzt sich der Schweizerische Städteverband ein:

1. Die Rolle der Städte als innovative, bürgernahe Umsetzungsinstanz muss in der Energiegesetzgebung gestärkt werden.
2. Energieeffizienz und erneuerbare Energien müssen gefördert werden.
3. Mit einer wirksamen Klima- und Umweltpolitik soll die Schadstoffbelastung im städtischen Gebiet gesenkt werden.
4. Die Wirtschaft muss dabei unterstützt werden, sich als Vorreiterin im Cleantech-Bereich zu positionieren.
5. Die öffentliche Hand muss auf Liberalisierungsexperimente mit ungewissem Ausgang und Kostensteigerungen bei Wasserversorgung, Abfall- und Abwasserwirtschaft verzichten.



galerie im park

Die Städte tragen stark zum vielfältigen und reichhaltigen Kulturangebot und zur touristischen und wirtschaftlichen Attraktivität der Schweiz bei. Als Hochschul- und Forschungsstandorte spielen sie eine wichtige Rolle bei der Entwicklung der Innovationsfähigkeit des Landes. Die Qualität als Forschungsplatz ist für Städte ein wichtiges Plus im internationalen Standortwettbewerb.

Dafür setzt sich der Schweizerische Städteverband ein:

1. Der nationale Kulturdialog zwischen Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden soll die kulturpolitische Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Staatsebenen stärken und die Aufgabenteilung klären.
2. Die Instrumente der Kulturförderung der verschiedenen Staatsebenen müssen eng abgestimmt werden.
3. Der Bund muss sein finanzielles Engagement in der Kulturförderung langfristig verstärken.
4. Bei strategischen Weichenstellungen im Bereich von Forschung und Innovation müssen die Städte frühzeitig in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden.
5. Forschungs- und Bildungspolitik sind eine prioritäre staatliche Aufgabe und müssen entsprechend finanziert werden.



24-Stunden-Gesellschaft, Lärm und Gewalt im Zusammenhang mit Alkoholkonsum und Hooliganismus zählen zu den wichtigen Herausforderungen im Sicherheitsbereich der Städte.

Dafür setzt sich der Schweizerische Städteverband ein:

1. Das nationale Präventionsprogramm «Jugend und Gewalt» muss unterstützt werden.
2. Eine wirkungsvolle Alkoholpolitik mit rechtlichen Grundlagen muss eingeführt werden. Dazu gehören Testkäufe und die Möglichkeit, bei Bedarf Alkoholverbotzonen einzuführen.
3. Das Vorgehen im Umgang mit Gewalt im Umfeld von Sportveranstaltungen muss koordiniert werden.



